

Arbeitsprogramm 2025

1. Einleitung / Politische Einordnung

Die politische Lage ist nicht rosig: Wir erleben in Niedersachsen wie auch in ganz Deutschland einen beängstigenden Rechtsruck. Faschist*innen werden in die Parlamente gewählt oder stehen wie bei uns in Niedersachsen hoch in den Umfragen. Demokratische Parteien fangen an, rechtspopulistische Narrative zu übernehmen. Geflüchtete und Bürgergeldempfänger*innen werden menschenfeindlich dämonisiert und mit Sanktionen überzogen. Zugleich verschärft sich die Klimakrise, während vor Borkum nun neues zerstörerisches Gas gefördert werden soll.

Doch wir als Grüne Jugend Niedersachsen verzweifeln nicht - wir machen weiter! Und nicht nur das: Es geht um so viel und wir können so viel erreichen: günstige Mieten, gute Jobs oder ein freies und sicheres Europa, das auf den 1,5-Grad-Kurs zurückfindet, sind mit linker Politik erreichbar. Gerade jetzt ist es entscheidend, dass wir entschlossen, links und kraftvoll für unsere Werte eintreten und laut sind. Die letzten Wochen waren bedingt durch die Rücktritte zahlreicher Verantwortungsträger*innen häufig geprägt durch Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft des Verbandes. Für uns ist klar: Die GRÜNE JUGEND bleibt unser politisches Zuhause und der beste Ort, um für eine bessere Welt zu kämpfen!

Wir hören nicht auf mit einer Politik und politischen Praxis, in der niemand zurückgelassen wird und soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit Hand in Hand gehen. Wir wollen zeigen, dass eine andere Politik möglich ist. In diesen turbulenten Zeiten und vor der Bundestagswahl 2025 steht fest: Wir brauchen einen Kurswechsel in der Politik! Unser Landesvorstand, unsere Kampagnen, unsere Bildungsarbeit sollen sich genau hierfür einsetzen und die GRÜNE JUGEND noch schlagkräftiger und mutiger im Kampf für das Gute Leben für alle machen!

2. Politische Praxis: Was wollen wir erreichen?

Aus Konflikten Stärke ziehen

Die Verunsicherung und die Konflikte der vergangenen Monate zu überwinden, ist ein selbstverständliches Anliegen vieler. Fest steht jedoch: Aus einem schnellen Schließen der Reihen und einem "Weiter so" kann dies nicht erreicht werden. Solidarischer Umgang, politische Schlagkraft des Verbandes und Zugehörigkeitsgefühl entstehen nicht aus sich gleichenden Meinungen, dem Beschwören einer gemeinsamen Analyse oder einer oberflächlichen Abwesenheit von Konflikten. Sie entstehen aus der Erfahrung einer gemeinsamen politischen Praxis aller Mitglieder, die geprägt ist durch ergebnisoffene Debatten, durch das aufrichtige Interesse an den Perspektiven anderer und der Bereitschaft zur Infragestellung eigener Positionen. Nur gemeinsame Positionen, die in einem solchen Prozess entstehen, können am Ende Verbindlichkeit für alle Mitglieder beanspruchen und darüber Zusammenhalt und Identifikation mit dem Verband schaffen.

Unser Verband

Unsere Mitglieder bringen eine Vielzahl von Perspektiven und Expertisen mit, die sich aus ihren unterschiedlichen Lebensumständen, Engagements, Interessen, Berufen und Studiengängen ziehen. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen sind die wichtigste Ressource unseres Verbandes. Eine aktive und mobilisierte Basis ist deshalb Ausgangspunkt der politischen Arbeit unseres Verbandes.

Der Auftrag politischer Organisationen wie der GRÜNEN JUGEND ist es, ihren Mitgliedern die Mittel und Strukturen zu bieten, um politisch handlungsfähig zu werden und ihre Anliegen durchzusetzen. Grundlage für die Selbstermächtigung der Einzelnen ist die Fähigkeit, in Absprache mit anderen gemeinsam zu handeln. Um politisch handlungsfähig zu sein und sowohl die politische Praxis des Verbandes gestalten als auch die Arbeit ihrer Vorstände kritisch begleiten zu können, brauchen Mitglieder deshalb mehr eigene Strukturen und Räume, um sich effektiv und unabhängig organisieren zu können.

Stärkere und eigenständige Strukturen für Basismitglieder sind deshalb zentral für die zukünftige Verbandsarbeit. Ein neues Selbstverständnis der Teams auf Landesebene, gestärkte Kreisverbände und deren Vernetzung untereinander, eine weitere Institutionalisierung der Austausch-Räume für Basismitglieder, Verantwortungsträger*innen, Queers und migrantisierte Menschen. Als Ziel soll damit ein Verschieben von Autorität zurück zur Basis als Grundpfeiler unserer neuen Praxis erreicht werden.

Unser Verband verpflichtet sich darüber hinaus insbesondere dazu, die Beteiligung marginalisierter Gruppen zu fördern und Feminismus, Antirassismus, Anti-Klassismus und Inklusion als Ziele strategisch in alle Entscheidungen einzubeziehen. Dabei wollen wir insbesondere auf die Arbeit der Geschlechterstrategieteams sowie auf die antirassistischen Strategien in der GRÜNE JUGEND Niedersachsen in den letzten Jahren aufbauen. Gerade mit Blick auf unsere antirassistische Strategien hat unser Verband noch viel zu tun und der Landesvorstand soll Arbeitswege zu klarer antirassistischer Praxis hin - wie beispielsweise ein Team - prüfen.

Die Erwartung der Basismitglieder an die eigene Selbstwirksamkeit ist zentral für die Frage, ob sie sich tatsächlich einbringen und aktiv werden. Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit müssen in der praktischen politischen Arbeit, vor allem aber in unserer Verbandsarbeit möglich sein. Aus diesem Grund sollen bestehende Strukturen und Abläufe darauf überprüft werden, ob sie diesem Anspruch entsprechen und gegebenenfalls angepasst werden.

Linke Politik - nicht nur für, sondern mit den Menschen

Wir brauchen eine starke Verbindung zwischen uns als linkem Verband und Arbeiter*innen, jungen Menschen und allen Personen, für deren Interessen wir uns einsetzen wollen. Als linker Verband reicht es uns nicht nur Politik *für* die Menschen bestimmter Gruppen wie Arbeiter*innen oder Menschen in Ausbildung machen zu wollen. Diese Gruppen müssen selbst in unserem Verband zuhause sein. Für uns als GRÜNE JUGEND Niedersachsen müssen linke Konzepte konkret und greifbar sein. Unser Ziel muss es sein, nicht von den Lebensrealitäten

nicht-akademischer Menschen abgehoben zu erscheinen. Es braucht deshalb eine neue Fokussierung auf konkrete soziale Fragen und die realen Bedürfnisse von Menschen.

Dazu wollen wir die Verbindung zu anderen linken Organisationen und Akteur*innen (wieder-)aufbauen und konkret bei den Menschen vor Ort in als linker Verband in Erscheinung treten. Wir wollen insbesondere soziale Barrieren abbauen, die Menschen von der Mitarbeit in der GRÜNEN JUGEND abschrecken könnten. Dazu werden wir unsere Abläufe und Inhalte darauf überprüfen, ob sie für einen ausreichend großen Teil auch von nicht-Akademiker*innen relevant und verständlich sind.

3. Aktionstage & Bundestagswahl

Aktionstage

Aktionstage sind wertvolle Gelegenheiten, um gemeinsam mit linken Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteuren eine größtmögliche thematische Breite abzudecken und als verlässliche, solidarische Verbündete für unterschiedliche Anliegen einzustehen. Wandel geschieht immer noch auf der Straße und mit Aktionstagen wollen wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen auch im nächsten Jahr dort aktiv sein. Die Straße ist ein Ort des demokratischen Protests und wir dürfen sie nicht den Rechten überlassen.

Ein zentrales Anliegen dabei ist es im kommenden Jahr, Aktionstage als lebendige und nahbare politische Praxis zu gestalten. Basismitglieder und Kreisverbände sollen nicht nur teilnehmen, sondern Aktionstage aktiv mitgestalten und initiieren können. Aktionstage, die zur Realität vor Ort passen, müssen auch vor Ort mitgestaltet werden. Der neue Landesvorstand sollte sich dafür einsetzen, neue Arbeitsweisen zur Einbindung von Kreisverbänden in diesem Kontext zu erproben.

Bundestagswahl

Im Jahr vor der Bundestagswahl 2025 ist die politische Linke in der Defensive. Ein großer Teil der Bevölkerung wählt heute Rechtsextreme oder Populist*innen, die gegen die Interessen der Menschen Politik machen - und trotzdem mehr Anklang finden als linke Parteien. Während alle großen Parteien auf rechtspopulistische Narrative aufspringen, ist für uns klar: Wir halten dagegen. Den Versuch, politische Vorteile auf dem Rücken der Schwachen zu erreichen, machen wir nicht mit. Wir lassen uns rechte Diskurse nicht aufzwingen - wir prägen unsere politische Arbeit für uns selbst und zwar links und grün.

Politische Parteien haben den Auftrag, gesellschaftliche Mehrheiten mitzugestalten und nicht bloß Schwankungen in Meinungsumfragen abzubilden. Als Parteijugend identifizieren wir uns mit linksgrüner Politik, aber unsere Rolle ist nicht die Verteidigung der Politik von Grünen und Ampel. Ein Sicherheitspaket, das Geflüchtete entmenschlicht und drangsaliert, die Wiedereinsetzung von Sanktionen für Bürgergeldempfänger*innen oder die Abbaggerung von

Lützerath sind einfach keine gute Politik. Auch im Wahlkampf werden wir das klar benennen. Gleichzeitig ist es eine Stärke der GRÜNEN JUGEND, eine Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Parlament zu sein. Darüber hinaus ist für uns im kommenden Wahlkampfjahr klar, dass unsere politischen Gegner Rechts stehen und nicht bei Grünen oder anderen linken Verbänden zu finden sind.

Wir werden die Bundestagswahl dafür nutzen, uns als linken Verband neu aufzustellen, Strukturen und Formate unseres Verbandes anzupassen, um inklusiver zu werden und anschlussfähig, linke Politik zu machen. Mittelpunkt des Wahlkampfes sollen die Kreisverbände und ihr Empowerment sein. Gerade in diesen Zeiten ist es entscheidend, die Selbstwirksamkeit junger linker Menschen zu fördern. Die Bundestagswahl ist vor allem eine einzigartige Chance, unseren Verband politisch schlagkräftiger zu machen, neue Kapazitäten für politische Aktionen aufzubauen und mit wirksamen linken Interventionen in der Öffentlichkeit aufzutreten. Dabei bauen wir auf die Arbeit der vergangenen Landesvorstände auf, aber stellen Bündnisarbeit, eine kritisch-konstruktive Begleitung der Grünen und die Förderung von Mitgliedern in den Vordergrund.

4. Teams und Übergang

Die Arbeit von Teams auf Landesebene war in den vergangenen Jahren entscheidend für unseren Erfolg. Sie sollen auch in Zukunft einen wichtigen Platz einnehmen. Gleichzeitig ist mit vielen engagierten Mitgliedern in den letzten Wochen auch sehr viel Erfahrung gegangen, was sich insbesondere auf die Teams auswirkt. Aufgrund des fehlenden Landesvorstandes und durch Abgänge vieler Menschen wird es nicht möglich sein, die Teams im Herbst 2024 einzusetzen. Im ersten halben Jahr seiner Arbeit übernimmt daher der Landesvorstand die Arbeit der Teams und führt diese durch eine Ad-Hoc Einbindung von Mitgliedern durch. Auf der nächsten Landesmitgliederversammlung im Frühjahr 2025 werden Teams eingesetzt. Bis zur Einsetzung der neuen Teams ist es die Aufgabe des Landesvorstandes, Mitglieder aktiv in seine Arbeit einzubinden und mögliche Teammitglieder zu fördern und zu motivieren, sich weiter in den Teams zu engagieren. Wir müssen es Mitgliedern - gerade in einer Phase, in der keine Teamstrukturen bestehen - auch ermöglichen, temporär und Themengebunden arbeiten zu können und dem Verband zu helfen - ohne einjähriges Commitment. Wer Erfahrung besitzt, muss die Chance bekommen, sie für den Verband zu nutzen.

Die Mitarbeit in Teams bietet Mitgliedern diverse Möglichkeiten, neue Fähigkeiten zu erlernen und politisch zu wachsen. Diese Möglichkeit soll insbesondere Menschen aus marginalisierten Gruppen eröffnet werden.

Mit Blick auf die Teams ist die Zielsetzung klar: In einem Jahr wollen wir als Grüne Jugend Niedersachsen vollständig eingesetzte und arbeitsfähige Teams zurück haben. Zudem wollen wir, dass Teams in einem Jahr im Rahmen ihrer Möglichkeiten noch selbstständiger Ideen vorantreiben und umsetzen können, um den Verband schlagkräftiger und mutiger zu machen. Dabei sollen Teams auch Orte der Ideenentwicklung und nicht nur der Ausführung von Impulsen aus dem Landesvorstand sein. Zentral ist außerdem, die Ressourcen, Fähigkeiten und das

Wissen der Teams langfristig zu sichern und für spätere Teams verfügbar zu machen. Dafür soll der Landesvorstand besonders an Skill-Sharing-Formaten und an der Einbindung früherer Teammitglieder zur Neuaufstellung der Teams arbeiten.

4.1 Frauenförderung und Geschlechterstrategie

Die Förderung von Frauen, inter*, trans* und genderqueeren Personen ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage und bleibt ein Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit. Es wird bei der Landesmitgliederversammlung im November 2024 nicht möglich sein, satzungskonform ein Team für Frauenförderung und Geschlechterstrategie einzusetzen. Daher soll der Landesvorstand verbindlich bis zur Landesmitgliederversammlung im Frühjahr 2025 ein Team für die Frauenförderung und Geschlechterstrategie vorschlagen und dieses bei der Landesmitgliederversammlung im Frühjahr 2025 zur Wahl stellen. Für diesen Übergang ist der Landesvorstand aufgefordert, die Frauenförderung besonders in seiner Arbeit zu berücksichtigen. Ein entsprechender Landesarbeitskreis sollte für den Übergang ebenfalls in Erwägung gezogen werden. Um die Arbeit in diesem wichtigen Bereich bis zur Einsetzung des Teams effektiv weiterführen zu können, setzen wir darauf, durch noch mehr Vernetzungsangebote und Austauschformate Räume für das gegenseitige Empowerment und das Entstehen der Mitglieder füreinander zu schaffen.

4.2 Bildungsarbeit

Grundsätze & Ziele

Bildungsarbeit muss weiterhin Kern unserer politischen Arbeit sein. Um politische Probleme nicht nur beschreiben, sondern in ihren Zusammenhängen verstehen zu können, brauchen wir eine grundsätzliche theoretische Ausbildung. Oft erkennen wir durch den theoretischen Blick, wie sehr konkrete Probleme vor Ort mit grundsätzlichen Fragen unserer Gesellschaft zusammenhängen. Die Befassung mit politischen Theorien darf darüber aber nicht zum Selbstzweck werden. Und sie darf niemals einseitig oder unkritisch erfolgen.

Unsere Bildungsarbeit orientiert sich dabei an drei Grundsätzen. 1) Unsere Bildungsarbeit befähigt und ermutigt Menschen zum kritischen Denken und zum Infragestellen scheinbarer Wahrheiten. Das Prinzip von Reflektion und Kritik bezieht sich gleichermaßen auf unser Wirtschaftssystem, auf gesellschaftliche Umstände, auf politische Probleme und auf die Strukturen und die politische Praxis unseres Verbandes selbst. 2) Unsere politische Bildung fördert die Toleranz und Urteilsfähigkeit aller Mitglieder, indem sie uns mit Widersprüchen konfrontiert und indem sie uns zwingt, unsere eigenen Positionen zu überprüfen und sie überzeugend vor anderen zu verteidigen. 3) Die Bildungsarbeit hat das Ziel, unsere Basismitglieder zu befähigen, politisch handlungsfähig zu werden. Erfolgreiche Bildungsarbeit ermöglicht die eigenständige Organisation und die aktive Mitarbeit der Basis in allen Bereichen.

Die Fähigkeit zum politischen Handeln hängt von der Erwartung an die eigene Selbstwirksamkeit ab. Selbstwirksamkeit erlernen Mitglieder in erster Linie nicht in Workshops, sondern durch das Mitwirken und die tägliche Arbeit in der GRÜNEN JUGEND selbst. Die Bildungsarbeit soll deshalb auch eine kritische Auseinandersetzung mit der politischen Praxis

unseres Verbandes beinhalten und daraus Vorschläge für die Weiterentwicklung von Formaten und Strukturen ableiten, um Selbstwirksamkeitserfahrungen zu fördern.

Darüber hinaus soll die Bildungsarbeit der Basis eine bessere Vorbereitung auf Landesmitgliederversammlungen und die Auseinandersetzung mit Anträgen ermöglichen. Diskussionsräume erlauben einer möglichst großen Zahl an Mitgliedern, sich eine differenzierte Meinung zu sämtlichen Punkten zu bilden, bevor sie über diese abstimmen. Außerdem sollen Verantwortungsträger*innen weiter ausgebildet werden, um die eigenständige Bildungsarbeit in anderen Strukturen wie den Kreisverbänden zu fördern. Strukturschwache Kreisverbände sollen in der Bildungsarbeit besonders berücksichtigt werden.

Bildungsteam:

Unser Bildungsteam soll weiterhin eng mit dem Landesvorstand zusammenarbeiten, es soll aber in Zukunft mit einem eigenen Selbstverständnis, unabhängig und als selbstbewusster Gegenüber von Verantwortungsträger*innen agieren. Um der Basis eine reflektierte und kritische Verbandsarbeit zu ermöglichen, muss sich das Bildungsteam als Anwältin der Basis verstehen - es muss Räume schaffen, in denen eine kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit von Verband und Vorständen möglich ist. Das Team soll sich als Schnittstelle zwischen Basis und Vorständen begreifen, die in beide Richtungen wirkt. Es sollen zu diesem Zweck Maßnahmen geprüft werden, welche das Selbstverständnis und die Unabhängigkeit des Teams konkret untermauern - hierzu sind die direkte Wahl der Teammitglieder oder eine zeitlich versetzte Wahlperiode zur Wahl des Landesvorstandes denkbar.

4.3 Social Media & Öffentlichkeitsarbeit

Unsere Öffentlichkeitsarbeit ist zentral dafür, um Menschen außerhalb der GRÜNEN JUGEND zu erreichen und uns wirksam in öffentlichen Debatten zu positionieren. In den vergangenen Jahren wurde die Öffentlichkeitsarbeit unseres Verbandes immer professioneller und schlagkräftiger. Vor allem auf Instagram und TikTok haben wir eine immer größere Zahl von Menschen erreicht und konnten dadurch solidarische Positionen und linke Analysen wirksam in gesellschaftliche Debatten einbringen. Gleichzeitig ist es auch im kommenden Jahr ein unverzichtbares Mittel, um unsere Basis niedrigschwellig über die Verbandsarbeit zu informieren und sie bestmöglich einzubinden.

Diese Arbeit soll fortgesetzt und weiter professionalisiert werden, um in Zukunft mit noch größerer Reichweite so viele Menschen wie möglich politisieren zu können. Die enge Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und Basis-Mitgliedern des Social Media Teams soll beibehalten werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit soll außerdem dem Grundanliegen Rechnung tragen, dass wir als linker Verband unsere Bindung an die Menschen vertiefen und festigen, für die wir Politik machen wollen - Arbeiter*innen, junge Menschen an unterschiedlichsten Stellen in unserer Gesellschaft, die 99%.

5. Arbeit mit den Kreisverbänden und Basis-Einbindung

Die Kreisverbände sind das Fundament unseres Verbands. Sie sind nicht nur der erste Anlaufpunkt für neue Mitglieder, sondern auch der Ort, an dem Aktionen, Demonstrationen und Wahlkämpfe organisiert und umgesetzt werden. Besonders in den vergangenen Wochen waren starke Kreisverbände als Strukturen unverzichtbar. Eine zentrale Aufgabe des Landesvorstandes im kommenden Jahr ist es daher, die Kreisverbände weiter zu stärken und zu ermutigen, mehr Verantwortung zu übernehmen, eigenständig Aktionen zu planen und lokale Bündnisse zu schließen. Zum Selbstverständnis des Landesvorstandes soll es gehören, die Stärkung der Kreisverbände als eine zentrale Aufgabe kontinuierlich zu verfolgen und mit ihnen vor allem koordinierend und auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.

Von besonderer Bedeutung hat zudem die Zusammenarbeit mit kommunalen Amtsträger*innen der GRÜNEN JUGEND in Räten und Kreistagen in ganz Niedersachsen. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und kommunalen Amtsträger*innen kann unsere politische Vision konkret vor Ort vorangetrieben werden und unsere Rolle als Korrektiv innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen gestärkt werden. Die Betreuung, der Austausch und Bildungsarbeit soll deshalb für kommunale Amtsträger*innen weiter vorangetrieben werden.

Um die Bindung zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden zu festigen, sollte der Landesvorstand im kommenden Jahr eine möglichst hohe Präsenz vor Ort zeigen, sei es bei lokalen Aktionen, im Bundestagswahlkampf oder durch regelmäßige Besuche. Das bewährte Format des Kreisvorstands-Landesvorstands-Treffens soll fortgeführt werden. Der Landesvorstand soll außerdem die horizontale Vernetzung zwischen Kreisverbänden fördern, damit deren Mitglieder Erfahrungen austauschen und Ressourcen in gemeinsamen Aktionen bündeln können. Hierzu soll ein regelmäßiger Austausch zwischen Kreisverbands-Sprecher*innen eingeführt werden, welcher rein organisatorisch vom Landesvorstand unterstützt wird. Es soll zusätzlich mehr landesweite Austauschgruppen für Basismitglieder geben, die möglichst themenbezogen arbeiten und unter Berücksichtigung der Empfehlungen für gute "Debattenorte" eine effektive und konstruktive Vernetzung für alle Mitglieder bieten können.